

Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF) soll gegründet werden

Die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Edelgard Bulmahn, beabsichtigt, eine Stiftung zur Friedens- und Konfliktforschung zu gründen, mit dem Ziel, die Friedensforschung im Wissenschaftssystem der Bundesrepublik zu stärken. Vor diesem Hintergrund begrüßte die Ministerin, dass der Haushaltsausschuss am gestrigen Abend auf Antrag der Koalitionsfraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen beschlossen hat, noch im Haushaltsjahr 2000 die Voraussetzungen für die Gründung einer Deutschen Stiftung Friedensforschung zu schaffen.

Mit einem Stiftungskapital von 50 Millionen Mark soll die Stiftung wissenschaftliche Vorhaben, herausragende wissenschaftliche Leistungen und den wissenschaftlichen Nachwuchs fördern. Das Stiftungskapital soll schrittweise bereitgestellt werden. Für 2000 sind 20 Millionen Mark vorgesehen.

Die Stiftung soll Anstöße geben für die internationale wissenschaftliche Kooperation und für die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis. "Mit der Gründung einer Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung wird die Bundesregierung ein wichtiges Versprechen einlösen, das sie in ihrer Koalitionsvereinbarung im letzten Jahr gegeben hat", sagte Bundesministerin Bulmahn.

Zweck der Deutschen Stiftung Friedensforschung sei es, die Friedensforschung in Deutschland dauerhaft zu stärken und zu ihrer politischen und finanziellen Unabhängigkeit beizutragen. "Friedensforschung muss, wie die Ingenieurwissenschaften oder die Medizinforschung, nachhaltig zu einem festen Wissenschaftsbereich in Deutschland werden", erklärte Bulmahn. "Das positive Potenzial von Wissenschaft und Forschung soll, wie in anderen Bereichen moderner Gesellschaften auch, problemlösend zur Krisenprävention und konstruktiver Konfliktberatung eingesetzt werden." Zielsetzung, Struktur und Organisation der Deutschen Stiftung Friedensforschung sollten auf diese Zielvorstellungen hin ausgerichtet werden.

Bundesministerin Bulmahn hat mit einem Beraterkreis – bestehend aus der Herausgeberin der Zeit, Dr. Marion Gräfin Dönhoff, Bundesminister a. D., Prof. Egon Bahr und dem ehemaligen Bürgermeister von Bremen und EU-Beauftragten für Mostar, Dr. Hans Koschnick – eine Struktur- und Findungskommission aus 12 renommierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern berufen. Ihre Aufgabe ist die Beratung der grundsätzlichen Struktur und Organisation der Friedensforschungsförderung durch den Bund mit dem Ziel der personellen, finanziellen und politischen Stärkung der Friedensforschung auf Dauer. Außerdem soll die Kommission über inhaltliche Aufgaben, Aktivitäten und Forschungsthemen beraten. Bundesministerin Bulmahn hat die Kommission für den kommenden Montag zur ersten Sitzung eingeladen.

Friedensforschung müsse nach Ansicht von Bundesministerin Bulmahn sowohl Grundlagenforschung betreiben können als auch praxisorientiert arbeiten. Gerade deshalb aber müsse sie gut ausgestattet sein und befreit sein vom Druck wechselnder Interessen und darüber hinaus finanziell unabhängig arbeiten können. Mit der Errichtung einer Deutschen Stiftung Friedensforschung würden diese Voraussetzungen erfüllt werden. Bulmahn abschließend: "Die mit dem Ende des Ost-West-Konflikts verbundenen Erwartungen an ein neues 'Zeitalter des Friedens' haben sich als voreilige Illusion erwiesen. Neue Konflikte, ausgelöst durch Umweltveränderungen, Bevölkerungswachstum, internationale Finanzkrisen, Migration und extreme Ungleichverteilung treten neben die klassischen Konflikte und erweitern das Aufgabenspektrum der Friedensforschung."

(BMBF Presse-Info)

« »